



UBS UNTER WACHSENDEN DRUCK

pressecheck

Roland Keller, Publizist | www.presse-check.ch

O.H.Gilani

Die UBS steht derzeit an zwei Fronten unter erheblichem Druck: Sie muss eine milliardenschwere Altlast der Credit Suisse abtragen und sieht sich zugleich in der Schweiz mit verschärften regulatorischen Forderungen konfrontiert. Beides stellt die strategische Ausrichtung des Instituts infrage.

Steuerstreit in den USA – Altlasten der Credit Suisse

Die UBS zahlt 511 Millionen US-Dollar an das US-Justizministerium. Hintergrund ist die Übernahme der Credit Suisse im Jahr 2023, mit der auch deren rechtliche Verpflichtungen auf die UBS übergingen.

Der Vorwurf: Die Credit Suisse habe zwischen 2008 und 2014 US-Kunden aktiv dabei unterstützt, unversteuerte Vermögen offshore zu verstecken -trotz eines bestehenden Abkommens mit den US-Behörden.

Mit der Vergleichszahlung will die UBS weitere Verfahren abwenden. Sie trägt damit zwar eine erhebliche Belastung, bereinigt jedoch zugleich eine riskante Altlast, die das Vertrauen in die fusionierte Bank unterminieren könnte.

Kapitalvorschriften in der Schweiz – Druck durch Regulierung

Die Schweizer Regierung plant, die Eigenkapitalanforderungen für systemrelevante Banken deutlich zu erhöhen. Nach der Rettung und Integration der Credit Suisse soll die UBS künftig erheblich mehr Eigenmittel vorhalten. Diskutiert wird ein zusätzlicher Bedarf von bis zu 24 Milliarden US-Dollar.

Das Argument der UBS: Höhere Kapitalquoten schwächen die Wettbewerbsfähigkeit, binden Mittel und verringern die Flexibilität für Investitionen und Kreditvergabe.

Strategische Optionen – droht ein Umzug in die USA?

Nach Berichten aus Finanzkreisen geht die Überlegung, den Hauptsitz in die USA zu verlegen, nicht allein auf die UBS zurück. Auf höchster Ebene in Washington soll dieser Schritt aktiv angeregt worden sein – angeblich von Michelle Smith, Chief of Staff der US-Notenbank.

Innerhalb der UBS wächst der Verdacht, dass dieselben Akteure Druck aufbauen, die bereits beim Untergang der Credit Suisse eine Rolle spielten. Subtile „Empfehlungen“ könnten sich als politisches Druckmittel entpuppen. Das Muster erinnert an die schrittweise Zermürbung der Credit Suisse.

Vertraulichen Quellen zufolge knüpft die US-Regierung weitere Forderungen an die UBS, falls sie ihren Sitz nicht in die USA verlegt. Ein Umzug böte „regulatorische Vorteile“ und direkten Zugang zum US-Markt. Zugleich wäre er ein deutliches Signal an die Schweizer Politik, dass Überregulierung die Abwanderung selbst zentraler Institute provozieren kann.

Zusätzliche Dynamik erhält die Debatte durch einen alten Konflikt:

Urs Rohner, ehemaliger Verwaltungsratspräsident der Credit Suisse und seit 2023 Berater des Jüdischen Weltkongresses, wird mit möglichen Interessenkonflikten konfrontiert.

Vor 25 Jahren führte ein Streit um nicht beanspruchte Holocaust-Vermögen zu einer Milliarden-Einigung. Nun könnten neue Ansprüche auftreten, die indirekt auch die UBS betreffen.

Balance zwischen Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit

Die UBS verkörpert den klassischen Zielkonflikt globaler Grossbanken: Auf der einen Seite stehen Forderungen nach Stabilität und Eigenverantwortung, auf der anderen Seite die Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

Der Steuervergleich mit den USA zeigt, wie Altlasten fortwirken können. Die Debatte um strengere Kapitalvorschriften verdeutlicht, dass auch die Zukunft von Unsicherheit geprägt bleibt. Ob es zu einem Umzug kommt oder nicht, hängt davon ab, wie die Schweiz das Gleichgewicht zwischen Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit austariert.

London, 17 September 2025